

Alarm im Gazastreifen: Menschliche Hilfe droht zu kollabieren!

Eine Warnung von NGOs zeigt die drohende humanitäre Krise im Gazastreifen auf, ausgelöst durch die Blockade und den Krieg.

Gaza, Palästina - Ein Bündnis von zwölf Nichtregierungsorganisationen, darunter prominente Akteure wie Oxfam und Save the Children, hat vor einem „kompletten Zusammenbruch“ der humanitären Hilfe im Gazastreifen gewarnt. Laut den NGOs ist jeder Bewohner in Gaza auf humanitäre Unterstützung angewiesen, um zu überleben. Diese Besorgnis tritt in einem dramatischen Kontext auf: Anfang März 2025 trat eine Blockade durch Israel in Kraft, die die Lage weiter verschärft.

Die Organisationen bezeichnen die Umstände als eines der schlimmsten humanitären Versäumnisse dieser Generation. Der israelische Verteidiger Israel Katz bestätigte, dass die Blockade aufrechterhalten wird, um Druck auf die Hamas auszuüben, damit diese 58 israelische Geiseln freilässt. Dabei wirft die Hamas Israel vor, „Hunger als Waffe“ einzusetzen.

Ein Humanitäres Desaster

Die UNO warnte am Montag vor der schlimmsten humanitären Krise im Gazastreifen seit Beginn des Konflikts, der durch den Überfall der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 ausgelöst wurde. Bereits am 18. März 2025 nahm Israel nach einer zweimonatigen Waffenruhe die Luftangriffe auf Hamas-Ziele wieder auf und startete eine erneute Bodenoffensive. Das

erklärte Ziel der israelischen Regierung ist es, den Druck auf die Hamas zu erhöhen und die Geiseln freizubekommen. Inzwischen befinden sich 58 Geiseln in der Gewalt der Hamas, von denen 34 laut Angaben der israelischen Armee bereits gestorben sind.

Zusätzlich zu dieser angespannten Situation berichtet **Spiegel**, dass die Hamas Schwierigkeiten hat, ihre Kämpfer zu bezahlen. Dies könnte auf die anhaltenden finanziellen Probleme der Gruppe hinweisen, die durch die Blockade und internationale Isolation verstärkt wurden.

Das Verbot von UNRWA und seine Folgen

Eine weitere Besorgnis ergibt sich aus dem Beschluss des israelischen Parlaments, die Tätigkeit des Flüchtlingshilfswerks UNRWA ab dem kommenden Jahr auf israelischem Staatsgebiet zu verbieten. Dies könnte die humanitäre Lage im Gazastreifen dramatisch verschlechtern, da Israel die Grenzübergänge kontrolliert. UNRWA, die seit 1946 Palästinenser unterstützt, versorgt Millionen Menschen im Gazastreifen mit notwendiger Hilfe und ist ein wichtiger Arbeitgeber für die lokale Bevölkerung. Über zwei Millionen Menschen sind auf diese Unterstützung angewiesen.

UNRWA hat rund 13.000 Angestellte und könnte durch das Verbot bedeutende Arbeitsplätze verlieren. **Deutschlandfunk** hebt hervor, dass das Verbot international auf breite Kritik gestoßen ist, einschließlich der Warnungen von UN-Generalsekretär Antonio Guterres, der betont, dass es keine Alternative zu UNRWA gibt und die humanitäre Arbeit unerlässlich ist.

Die Situation im Gazastreifen bleibt angespannt, und die humanitäre Hilfe steht auf der Kippe. Ein gefährlicher Präzedenzfall könnte sich in Form des Verbots von UNRWA zeigen, während die Zivilbevölkerung auf Unterstützung angewiesen ist. Israel ist als Besatzungsmacht gemäß der Genfer Konvention verpflichtet, Recht und Ordnung in den

besetzten Gebieten aufrechtzuerhalten, doch die Realität sieht momentan ganz anders aus.

Details	
Vorfall	humanitäre Krise
Ursache	Blockade
Ort	Gaza, Palästina
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.vienna.at• www.spiegel.de• www.deutschlandfunk.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at